



NZZ am Sonntag
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch/sonntag

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 126'855
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 9
Fläche: 34'461 mm²



PETER SCHNEIDER / KEYSTONE

Zahlreicher als gedacht: Bundesangestellte auf dem Landsitz Lohn.

Bund hat plötzlich 2300 Stellen mehr

Daniel Friedli

Die Verwaltung hat die Zahl ihrer Stellen neu erhoben. Trotz Sparauftrag sind es plötzlich sechs Prozent mehr. Bürgerliche Finanzpolitiker reagieren verärgert.

Wie viele Beamte braucht der Bund? Die Frage gibt politisch immer wieder zu diskutieren. Gut 35 000 waren es 2015, für die bürgerlichen Parteien längstens genug. Im Rahmen ihres Schulter-schlusses forderten SVP, FDP und CVP, die Zahl der Stellen sei nun einzufrieren. Dementsprechend erteilten National- und Ständerat dem Bundesrat im letzten Winter den Auftrag, den Stellenetat auf diesem Niveau zu plafonieren.

Umso mehr überrascht, was die Regierung dazu im Budget für das nächste Jahr vorschlägt. Demnach sollen die Vollzeitstellen



NZZ am Sonntag
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch/sonntag

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 126'855
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 9
Fläche: 34'461 mm²

per 2017 um 2306 auf 37 365 Stellen steigen. Statt der geforderten Plafonierung entspricht dies einer Erhöhung um 6,2 Prozent.

Dieser plötzliche Zuwachs erklärt sich laut dem Bundesrat indes nicht mit einer Welle neuer Anstellungen, sondern mit der Buchhaltung. Denn im Rahmen eines «Neuen Führungsmodells für die Bundesverwaltung» zählt der Bund seine Stellen nun anders: Neu fließen in die Statistik zum Beispiel auch die lokalen Angestellten in den Schweizer Botschaften im Ausland ein, das Personal in der Katastrophenhilfe und der Friedensförderung sowie Stellen, die mit Drittmitteln finanziert werden, etwa im Bundesamt für Statistik. Diese gut 2100 Stellen gab es zwar schon bis anhin, sie wurden aber nicht gezählt. «Dieses Personal wurde

bisher weder im Personalaufwand noch bei den Vollzeitstellen ausgewiesen, auch wenn es bereits für den Bund tätig war», schreibt der Bundesrat dazu. Weitere 200 zusätzliche Stellen erklären sich dadurch, dass Aufgaben internalisiert wurden, die zuvor an Externe ausgelagert waren. Und schliesslich planen auch die Gerichte rund 60 Stellen mehr als bisher. Unter dem Strich ist der Bundesrat darum der Meinung, dass die Forderung des Parlaments nach einer Plafonierung des Stellenbestandes «inhaltlich erfüllt wird».

Diese Einschätzung dürfte noch zu reden geben, denn mehrere Finanzpolitiker zeigen sich über das plötzliche Stellenwachstum erstaunt. «Ich bin überrascht und unzufrieden», sagt der Zuger SVP-Nationalrat Thomas Aeschi. Er frage sich, wieso die effektive

Stellenzahl offenbar jahrelang zu tief angegeben worden sei, und habe das Vertrauen in die Berichterstattung verloren. «Es bleibt der Eindruck, dass der Bundesrat den Auftrag zur Plafonierung nur lasch umsetzt», kritisiert Aeschi. Ähnlich tönte es beim Luzerner Freisinnigen Albert Vitali. Offenbar sei man bisher von mangelhaften Grundlagen ausgegangen, sagt er. Das werde noch Diskussionen geben.

Auch den Bundesrat wird das Thema Personalentwicklung weiterhin beschäftigen. An den Von-Wattenwyl-Gesprächen von vergangener Woche wiederholte er zwar, dass er eine strikte Plafonierung der Stellen für problematisch erachte. Er versprach den Parteien aber auch, bis Ende Jahr Vorschläge für eine neue Strategie der Personalbewirtschaftung zu diskutieren.